

AM BESTEN GEMEINSAM

Integrierte Stadtentwicklung in der Akademie Hofgeismar Markus Hirth, Wolfram Schneider

Wie steht es um die Integrierte Stadterneuerung (ISE)? Was sind Ziele und Wirkungen, wie geht es weiter mit der „Sozialen Stadt“? Was sind neue Partner im Stadtteil wie kirchlich-verbandliche Akteure und Stiftungen? Bei der vierten Tagung in Hofgeismar im November 2012 arbeiteten wieder die bewährten Partner SRL, BAG – Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit mit der Evangelischen Akademie zusammen, darüber hinaus unterstützt vom Projekt „Kirche findet Stadt“. Es war eine gute, Mut machen-



Der Tagungsort Schlösschen Schönburg (Foto: W. Schneider)

de Tagung mit exzellenten Referenten. Die 60 Teilnehmenden nutzten die anregende Atmosphäre im prächtigen Schlösschen Schönburg.

Engelbert Lütke Daldrup war langjähriger Baubürgermeister in Leipzig und im BMVBS Entwickler der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (NSP). Er beschrieb die Disparitäten in den Städten: Wachstum – Schrumpfung, Überschildung, soziale Segregation. Mit der Leipzig Charta wurden die Themen ISE und benachteiligte Quartiere für Europa formuliert. Die Reduzierung der Städtebauförderung durch die jetzige Regierung ist falsch (wobei sich vor allem die FDP mit Kürzungen als Gegner einer sozialen Förderung profiliert). Die energetische Stadtsanierung ist eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben, ebenso wie eine bessere „Verbindung“ von Stadt und Verkehr. Ressortegoismen der Bundesministerien herrschen vor, es gibt außer beim BMVBS nur wenige stadtteilorientierte Programme.

Matthias Sauter von ISSAB an der Universität Essen forscht und berät Gemeinden. Er stellte dar, wie die ISE gelingen und von Sonderprojekten zur Regelaufgabe werden kann. Der Wohlfahrtsstaat reduziert seine Leistungen, die Aufgaben nehmen zu. Mit geringerer Finanzkraft nimmt die Bereitschaft ab, organisatorische Innovationen zu entwickeln. Für Probleme werden Sonderprojekte angeboten, bei denen das Erreichte aber schwer zu verstetigen ist. Bisher gibt es für die Entwicklung gesamtstädtischer Strategien nur wenige Beispiele (Hamburg, Berlin, Köln, Essen, Gelsenkirchen). Die Strategien der verschiedenen Ämter sind aufeinander abzustimmen und mit einem Monitoring zu koppeln (Themen: Bildungsnetzwerke, Neuausrichtung so-

zialer Infrastruktur, Wohnungsbestände sichern, benachteiligte Stadtteile fördern).

Wolf-Christian Strauß arbeitet beim Difu seit Beginn des Bundesprogramms in der Bundestransferstelle Soziale Stadt. Er berichtete über die Auswirkungen der Kürzungen für das Programm von 105 Mio. € im Jahr 2010 auf nur noch 29 Mio. € in 2011. Damit ging eine kohärente Strategie in den Stadtteilen verloren, ganzheitlich-strategisches Handeln ist nicht mehr möglich. Außerdem wurden fast keine weiteren Gebiete mehr in das Programm aufgenommen. Bei der Prüfung ergab sich in anderen Ressorts zwar eine hohe Zahl von mit der Sozialen Stadt kombinierbaren Programmen, die aber oft nur kurze Laufzeiten und schlecht kompatible Rahmenbedingungen haben. Die Kooperation mit weiteren Partnern ist dringend nötig, doch erfordert das hohen Aufwand und Personalbindung.

Gabriele Steffen hat als Bürgermeisterin a. D. in Tübingen und Geschäftsführerin des Instituts für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner viele Einblicke in die unterschiedlichen Akteurslogiken bekommen: Staat/öffentliche Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft, Alltags- und Fachexperten; unterschiedliche Fachbereiche und Hierarchieebenen haben jeweils eigene Regeln, Kulturen, Werte, Sprachen und Abläufe. Dies steht integriertem Handeln oft entgegen; dabei nehmen fast alle Akteure rationales Handeln für sich in Anspruch. Integriertes Handeln schafft soziales und kulturelles Kapital.

NEUE PARTNERSCHAFTEN

Pfarrer Gerd Bechtel ist Geschäftsführer des Diakonischen Werks Kassel. Bisher gab es für die Diakonie zielgruppenspezifische Angebote. Jetzt werden die Zielsetzungen für die einzelnen Geschäftsbereiche eher am Sozialraum ausgerichtet. Die evangelischen Kirchengemeinden sind gut vernetzt mit einer (noch) guten Ehrenamtsstruktur. Der Sparzwang mit Schließung und Verkauf von Kirchen und Gemeindeeinrichtungen hat zur Suche nach neuen Kooperationspartnern in den Stadtteilen geführt. Eine Konsequenz ist die Mitwirkung am bundesweiten in der NSP geförderten Projekt „Kirche findet Stadt“, bei dem sozialräumlich orientierte Trägerschaften und Finanzierungsverbände entwickelt und erprobt werden.

Bernhard Faller hat durch seine langjährige Geschäftsführung bei Empirica und sein jetziges Büro Quaestio eine breite sozialwissenschaftliche Praxis. In Zusammenarbeit mit der Universität Bonn forscht er über das Engagement von Stiftungen in der Stadtentwicklung. Ziel der Stiftungsgeber ist die satzungsgemäße Nutzung ihrer Vermögen, oft mit philanthropischem Engagement. Auffallend ist die „Gründungsexplosion“: In den Nachkriegsjahrzehnten wurden jährlich nur 50 neue Stiftungen gegründet, selbst in den 80er-Jahren kamen jährlich nur 100 weitere hinzu. Seither zog die Gründungsdynamik kräftig an, mit jährlich 1.000 Neugründungen zwischen 2005 und 2009. Die neuen (Bür-

ger-)Stiftungen leiden häufig unter geringem Kapital und damit geringen Fördermöglichkeiten. Gleichzeitig sind jedoch ein starker lokaler Bezug (75 %) und eine Nähe zu sozialen Themen (ca. 65 %) erkennbar.

BEWÄHRTE PARTNERSCHAFTEN AUSBAUEN

Wolfram Dette aus Wetzlar ist einer der wenigen FDP-Oberbürgermeister. Das Thema „Integration“ hat deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Instandhaltung der städtischen technischen Infrastruktur ist bei knapper Haushaltslage eines der drängendsten Probleme. Das Programm Soziale Stadt bietet große Vorteile für benachteiligte Stadtteile. Hier wurden mit privaten Grundeigentümern durch städtebauliche Verträge gute Projekte gestaltet. Für die Stadtteilarbeit war es wichtig, politische Akzeptanz herzustellen. Die Verstärkung des Erreichten ist die wesentliche künftige Aufgabe.

Christoph Welz arbeitet beim Siedlungswerk Stuttgart, mit über 20.000 WE eines der großen Wohnungsunternehmen. Die energetische Sanierung des Bestands ist neben Neubauten die Hauptaufgabe. Als Träger mit sozialem Anspruch führt das Siedlungswerk auch größere quartiersbezogene Projekte durch. Im Leitbild des Siedlungswerks sind soziale und ökologische Ziele gleichermaßen verankert.

Christoph Haller arbeitet für die Transferstellen der Programme „Stadtumbau Ost“ und „Aktive Zentren“ sowie an verschiedenen ExWoSt-Projekten des BMVBS. Er berichtete von seinen Erfahrungen bei der Aktivierung der privaten Hauseigentümer in den Projekten ESG (Eigentümer Standort Gemeinschaften, 2008-10), KiQ (Kooperation im Quartier, seit 2011) und KoKo (Kooperation konkret, seit 2011). Die z. T. recht kleinen Projekte erlauben individuelle Betreuung. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sind vielfach Ausgangspunkt für die anschließende bundesweite Förderung.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Martina Kocks betreut beim BBSR das Programm „Soziale Stadt“. Mit bundesweiten Vergleichszahlen beschrieb sie die bauliche und soziale Entwicklung seit 1990. Besorgniserregend ist die deutliche Zunahme sozialräumlicher Ungleichheit, was sich besonders bei der Schulsegregation zeigt. Gegen diese Tendenz sind Anstrengungen für Bildung, Erziehung und Betreuung zu verstärken. Der Handlungsbedarf ist immens und das Programm Soziale Stadt ein dafür gut geeignetes Instrument. Bisher gibt es rd. 600 Programmgebiete, Bedarf ist jedoch in über 1.000 weiteren Quartieren. In neuen Gebieten sollte das private Engagement besser gefördert werden. Eine ressortübergreifende Steuerung ist am ehesten auf kommunaler Ebene möglich.

In vier Arbeitsgruppen wurden die derzeit wichtigsten Themen diskutiert: Inklusion, demografischer Wandel und Gesundheit, Energie- und Klimapolitik, Bildung und interkulturelle Öffnung.

Uwe Altröck lehrt seit 2006 an der Universität Kassel Stadterneuerung. Er formulierte die strategischen Herausforderungen an die Stadtgesellschaft. Große ungelöste Probleme sind die Klimapolitik und die Überschuldung der Städte. Aus einer Rückschau über die bisherigen Phasen der Städtebauförderung entwickelte er aktuelle politische Anforderungen:

1. quartiersbezogene Regelaufgaben mit flexiblem Handlungsauftrag,
2. vom Reparatur- zum Entwicklungsansatz für Quartiere,
3. veränderte Anreizstrukturen für quartiersbezogenes Handeln,
4. veränderte Anreizstrukturen für zivilgesellschaftliches Engagement,
5. gesamtstädtische Koordination und rechtliche Absicherung.

Zum Schluss brachte die Tagungsmoderatorin Elke Becker (Difu, SRL) die Vertreter von Bund und Land sowie die Veranstalter zu klaren Stellungnahmen.

Ulrich Hatzfeld (BMVBS): Die integrierte Stadtentwicklung bleibt als Ziel unbestritten, denn die Menschen möchten ihre Probleme gelöst haben, ohne auf die Verwaltungszuständigkeiten verwiesen zu werden. Aber: Integration und Kooperation gibt es bisher nur bei konkreten Projekten und ist sehr zeitaufwendig. Kooperationen sind vertikal und horizontal notwendig. Die „Stadt“ ist zu einem öffentlichen Thema zu machen und die Erfolge der eigenen Arbeit müssen deutlicher dargestellt werden.

Carola Scholz (MBWVS NRW): Das Ministerium unterstützt entschieden das Programm Soziale Stadt. Für 2013 ist eine von allen Ressorts entwickelte Quartiersrahmenplanung vorgesehen. Auch die anderen Institutionen sollten sich den hohen Evaluierungsanforderungen wie bei der Stadterneuerung stellen.

Cornelia Coenen-Marx (EKD, Hannover): Die Wettbewerbsgesellschaft hat zu einer Vereinzelung in der Gesellschaft geführt, in der Kooperation nicht mehr normal ist. Bei vielen Menschen kommt „Kirche“ im Leben kaum noch vor, die Erfahrungen mit einer sozialräumlichen Orientierung auf den Stadtteil zeigen jedoch das Potenzial für kirchliche Partner in der Stadtentwicklung auf.

Markus Hirth (SRL, AK Soziale Stadt): Es ist kaum zu verstehen, dass alle Akteure umfassende Kooperation für unverzichtbar halten, aber die Rahmenbedingungen hierfür nicht verbessert werden. So hindert oft die föderale und sektorale Aufgabenteilung die konkrete Arbeit vor Ort. Der Transfer der Erkenntnisse aus der praktischen Arbeit in die rahmensetzende Politik funktioniert noch nicht. Die wichtige Funktion von Stadtplanung für die Zukunft der Stadtgesellschaft wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Reinhard Thies (Diakonie Deutschland, Netzwerkstelle Gemeinwesendiakonie und BAG): Es hat in den letzten Jahren wichtige Kooperationen zwischen Stadtplanung und Sozialarbeit gegeben, vor allem in Gebieten der Sozialen Stadt. Die Spitzenorganisationen (Ministerien, Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände) reden zu wenig miteinander über gemeinsames Handeln. Letztendlich gilt es, die Bürger als relevante Akteure zu sehen und in die Entwicklungspartnerschaften einzubeziehen.

Markus Hirth, Dipl.-Ing., freiberuflicher Stadtplaner und Städtebauarchitekt, SRL, Büro projekt.stadt, Sprecher des AK Soziale Stadt
Wolfram Schneider, Dipl.-Ing., SRL, Stadtplaner in Gelsenkirchen

Die meisten Referate sind unter <http://ekkw.de/akademie.hofgeismar/publ/documente.html> als pdf-Datei zu finden.